

**Vorlage zur Kenntnisnahme**  
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 25.08.2022

---

1. Gegenstand der Vorlage:

Beschluss zur Verteilung der zusätzlichen VZÄ gemäß Koa-Vertrag für 2022/2023 über die AG Ressourcensteuerung

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 09.08.2022 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 0204/VI der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Vorlage ist in der Anlage beigefügt.

Gordon Lemm  
Bezirksbürgermeister

Anlage

---

**Vorlage für das Bezirksamt**

- zur Beschlussfassung -

Nr. 0204/VI

---

A. Gegenstand der Vorlage:

Beschluss zur Verteilung der zusätzlichen Vollzeitäquivalente für die Bezirke gemäß Koalitionsvertrag Berlin für 2022/2023 über die AG Ressourcensteuerung

B. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeister Herr Lemm

C. Beschlussfassung

C.1 Beschlussentwurf:

Das Bezirksamt beschließt vorbehaltlich der Beteiligung der Beschäftigtenvertretung die Verteilung der zusätzlichen Vollzeitäquivalente auf die Abteilungen gemäß Anlage zu dieser Vorlage. Zum Stichtag 01.04.2023 überprüft das Bezirksamt den Fortschritt der Stellenbesetzungsverfahren und verteilt gegebenenfalls die noch nicht in Umsetzung befindlichen VZÄ neu.

Die Fachämter und Organisationseinheiten benennen der SE Personal für die Fortschreibung der Stellenwirtschaft bis zum 26.08.2022 die notwendigen Informationen zur konkreten Untersetzung der zugewiesenen VZÄ, d.h. Benennung des Aufgabengebietes einschließlich Bewertung.

C.2 Weiterleitung an die BVV und zugleich Veröffentlichung:

Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.

D. Begründung:

Mit dem Koalitionsvertrag 2021-2026 des Senates wurden zusätzliche Aufgaben sowie Verstärkungen bestehender Aufgaben an die Bezirke beschlossen. Hierfür stellt der Senat 200 zusätzliche Stellen in 2022 sowie weitere 200 Stellen in 2023 den Bezirken zur Verfügung. Zur Verteilung der Stellen in den Bezirken hat die AG Ressourcensteuerung Fachcluster gebildet, auf die die Stellen verteilt werden sollen. In der Bezirksamtsklausur vom 02.08.2022 hat sich das Bezirksamt darüber

ausgetauscht, in welchen Abteilungen die Personalressourcen für aufgeführten Mehraufgaben am dringendsten benötigt werden.

E. Rechtsgrundlage:

§§15, 36 Abs. 2, Buchstabe b, f BezVwG; § 1 GO BA

F. Haushaltsmäßige Auswirkungen:

keine

G. Zielgruppenrelevante Auswirkungen:

keine

Gordon Lemm

Bezirksbürgermeister

Anlage

Anlage zur BA-Vorlage 0204/VI - Verteilung VZÄ Koalitionsvertrag/AG Ressourcensteuerung										
Cluster mit Unterteilung	zusätzliche VZÄ gesamt 2022	zusätzliche VZÄ gesamt 2023 (kumuliert)	zusätzliche VZÄ MH 2022/23	BzBm	StadtUm NatSGA	SchulSportW eikult FM	JugGes	Ord	Soz	03.08.2022
<b>Prioritär umzusetzende Sachverhalte/Maßnahmen von besonderer Bedeutung</b>										
1	Weitere Entlastung erhalten die Bürgerämter, indem die Koalition ihre Aufgaben überprüft und zusätzliche Standorte einrichtet. Dafür werden bis zu 100 weitere Mitarbeiter*innen eingestellt. Ein Springerpool wird eingerichtet, um Überlastung bei kurzzeitigen Spitzenspitzen zu vermeiden. Die Koalition sichert, dass Bürgerinnen und Bürger innerhalb von 14 Tagen über das ganze Jahr einen Termin beim Bürgeramt bekommen können. Mit ämterübergreifenden Kiezbüros und mobilen Serviceangeboten für besondere Lebenslagen erleichtert Berlin Bürgerinnen und Bürgern Kontakte mit Ämtern.	34	67	Verteilung erfolgt über AG bei SenInnDS						
2	Die Berliner Jugendämter unterstützen und begleiten Kinder, Jugendliche und deren Familien. Sie sind Garanten des Kinderschutzes. Wir streben eine Stärkung der personellen Besetzung an". Hier: Teilbereich "Einarbeitungskoordination Regionaler Sozialpädagogischer Dienst" (BSD)	6	6	0,5			0,5			
3	Die Koalition will dezentrale und niedrigschwellige Kulturangebote in der ganzen Stadt bereitstellen. Bibliotheken als „Dritte Orte“ sollen stadtwweit ausgebaut und gestärkt werden. Die Bibliotheksentwicklungsplanung wird unter besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten schrittweise umgesetzt. Dazu gehört ein im Diskurs mit den Akteur*innen über ein zu erarbeitendes Bibliotheksgesetz, das die Bibliotheksversorgung sichert.	0	25	Verteilung erfolgt in Absprache mit dem Land						
<b>0 Bauen und Mobilitätswende beschleunigen</b>										
B1	Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen werden wir Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungs-, Genehmigungs- und Baubläufe umsetzen. Die Koalition wird Entwicklungshemmnisse beim Wohnungsbau konsequent abbauen. Damit verbunden ist unter anderem der Aufbau von Personal, besser abgestimmte Verkehrsplanung, Beschleunigung von Bebauungsplänen, gute und zügige Beteiligungsverfahren, Lösung von Naturschutzkonflikten, Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, Entwicklung von Strategien im Umgang mit begrenzten Baukapazitäten etwa über eine Stärkung der Bauwirtschaft und eine Ausbildungs Offensive.	48	96	8		1				
B2	Wir werden die Voraussetzung dafür schaffen, das Bebauungsplanverfahren mit Hilfe eines digitalen Verfahrensmanagers und planungsbegleitender Lenkungsunden durchzuführen. Wir wollen die Genehmigungsfiktion bei Sondernutzungserlaubnissen für Nebenstraßen zur Baustelleneinrichtung ermöglichen und diese Regelung nach zwei Jahren evaluieren. Die Personal- und Ressourcenbedarfe der Bezirke für die Aufstellung von sektoralen Bebauungsplänen sowie strategisches Flächenmanagement, vorbereitende Bauleitplanung, Grünflächenplanung, Umwelt- und Naturschutz, Verkehrsplanung und Denkmalschutz werden angemessen berücksichtigt. Insbesondere will die Koalition die Bezirksämter und die befassten Sonderbehörden personell verstärken, damit schneller geplant und genehmigt werden kann". "Um soziale Infrastruktur in den Bezirken zu sichern wird die Koalition prüfen, wie Bezirke als Bauträger gestärkt werden können". (Kapitel 16, Seite 105)									
B3	Die Koalition wird die Bezirke bei der Ausweisung neuer Milieuschutzgebiete mit einheitlichen Kriterien sowie erforderlichen Personal- und Finanzressourcen unterstützen, und, falls nötig, neue Gebiete auch auf Landesebene festsetzen.									
B4	Strategie des Ankaufs von Wohnraum durch Ausübung des Vorkaufsrechts: "Das existierende Verwaltungsverfahren soll [...] verbessert und mit notwendigen finanziellen und juristischen Ressourcen abgesichert werden, etwa durch die Einbeziehung der Bezirke bei Zuschussentscheidungen oder eine Gesamtkoordination bei bezirksübergreifenden Vorkäufen, und dafür sorgen, dass Genossenschaften ausreichend Zeit für die Prüfung etwaiger Vorkäufe haben".									
B5	Im Rahmen des Mobilitätsgesetzes werden die Bezirke darin unterstützt, dort wo es sinnvoll und möglich ist, unter Berücksichtigung geeigneter Beteiligungsformate Parklets, verkehrsberuhigte Kleze, fußverkehrsfreundliche Nebenstraßen, Kiezblocks, Klimastraßen und PocketParks einzurichten, Maßnahmen zur Entsigelung zu fördern und Modellprojekte mit dem Ziel der Umweltgerechtigkeit zu initiieren. Die Koalition wird diese Maßnahmen durch ein Förderprogramm für Quartiersumgestaltungen unterstützen. [...] Anhand eines Ausbauplans mit den Bezirken werden neue Gehwege gebaut, vorhandene Gehwege saniert und die Barrierefreiheit verbessert. Die Koalition will für Kinder und Jugendliche sichere Wege schaffen und unterstützt daher die verkehrliche Beruhigung des Umfelds von Schulen, zum Beispiel durch Schulstraßen, ebenso wie die Fortführung des schulischen Mobilitätsmanagements. Jugendverkehrsschulen werden weiterhin abgesichert und mit einer fachlich-pädagogisch qualifizierten Stelle in jeder Jugendverkehrsschule ausgestattet. Die Radfahrausbildung an den Schulen wird hinsichtlich einer größeren Praxisnähe überprüft.									
B6	Die Koalition will den Radverkehrsplan und des Radverkehrsnetzes umsetzen. Bis zum Jahr 2026 soll die Realisierung des Vorrangnetzes und geschützter Radinfrastruktur an Hauptstraßen erfolgen. [...] Innerhalb eines Jahres wird der Radverkehrsplan durch einen Maßnahmenplan ergänzt, die Konflikte bei der Überlagerung des Rad- mit dem ÖPNV-Vorrangnetz minimiert sowie Wohnungsneubauegebiete in das Radverkehrsnetz einbezogen.					1				
B7	Beschleunigung/ Stärkung der eigenen Baumaßnahmen durch Stärkung Hochbau oder Vergabestellen				1	2	3			



S3	Die Koalition wird die Berliner Strategie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut konsequent weiterverfolgen und ressortübergreifend verwirklichen. Die von der Koalition 2016 initiierte Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut wird ihre Arbeit unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortsetzen, ausgestattet mit operativen Ressourcen".								1		
S4	Die Berliner Jugendämter unterstützen und begleiten Kinder, Jugendliche und deren Familien. Sie sind Garanten des Kinderschutzes. Wir streben eine Stärkung der personellen Besetzung an. Hier: Ohne Teilbereich "Einarbeitungskoordination Regionaler Sozialpädagogischer Dienst" (RSD)										
S5	Einführung der Umsatzsteuerpflicht					0,5	0,5				